



Botschaft des Stadtrates an den Gemeinderat

Nr. 473.07

221.10

Stellenplan 2012; Festlegung

Antrag

1. Die Lehrpersonen der Gewerblichen Berufsschule Chur (GBC) werden von der Plafonierung des Stellenplans ausgenommen.
2. Der Stellenplan (Budget 2012) wird mit 62'917 Stellenprozenten (629.17 Vollzeitstellen) festgelegt.

Zusammenfassung

An seiner Sitzung vom 15. Dezember 2011 stimmte der Gemeinderat dem Antrag der GPK zu, den Stellenplan auf dem Stand des Voranschlags 2011 unbefristet zu plafonieren. Die vom Stadtrat beantragte Ausklammerung von Lehrpersonen der Stadtschule und der Gewerblichen Berufsschule Chur (GBC) lehnte er ab. Als Konsequenz ist die Schaffung neuer Stellen künftig nur möglich, wenn bestehende Stellen gestrichen werden. Für das Jahr 2012 ist diese Vorgabe umsetzbar, da der Stellenplan noch bescheidene Reserven enthält (Differenz zwischen Soll-/Ist-Stellen). Sorgen bereitet dem Stadtrat der Schulbereich. Bei der GBC sind es kantonale Vorgaben (Berufsbildungsgesetz; Rahmen-/Jahreskontrakt), welche die Anzahl auszubildender Berufe und damit die Anzahl Lehrpersonen vorschreiben. Deshalb beantragt der Stadtrat, die GBC von der Plafonierung des Stellenplans auszuklammern.

Ähnlich ist es bei der Stadtschule, wo in nächster Zeit die vom Volk angenommene Ethikinitiative und das neue kantonale Schulleitungsmodell Stellenschaffungen erfordern werden. Diese können nicht ungezielt durch Kompensationen in der übrigen Verwaltung erfolgen, weshalb der Stadtrat beabsichtigt, diese Stellenschaffungen mittels Botschaft zu beantragen.



Bericht

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat legt jeweils mit dem Voranschlag den Stellenplan fest (Art. 6 PVO). Am 15. Dezember 2011 stimmte er einem Antrag der GPK zu, den Stellenplan auf dem Stand des Voranschlags 2011 zu plafonieren. Dies hat zur Folge, dass neue Stellen nur durch Streichung bestehender geschaffen werden können.

2. Stellenplanbudget und Stellenplanrechnung

Der Stellenplan enthält die vom Gemeinderat bewilligten Stellen in Prozenten sämtlicher Dienststellen (sogenannte Soll- oder Planstellen). Das Stellenplan-Budget wird dem Gemeinderat seit dem Jahr 2007 im Rahmen des Voranschlags zur Genehmigung unterbreitet. Dabei werden Veränderungen im Soll stellengenau begründet und die finanziellen Konsequenzen aufgezeigt. Eine Botschaft ist dem Gemeinderat gemäss Übereinkunft mit der GPK vom 19. Juni 2007 nur noch dann zu unterbreiten, wenn eine neue Stelle geschaffen wird, die im Budget nicht aufgeführt bzw. nicht vorgesehen war. In der Stellenplan-Rechnung ist der Soll-/Ist-Bestand per Januar des Folgejahrs ersichtlich.

2.1 Grundproblematik Schulen

Seit der Einführung des Stellenplanbudget-Prozesses erweist sich eine exakte Budgetierung bei der Stadtschule und bei der GBC als schwierig, da Schuljahr und Finanz- bzw. Kalenderjahr nicht deckungsgleich sind. Die Daten für den Voranschlag werden im Juli für das Folgejahr erhoben. Das Stellenplan-Budget hat bei den Schulen das laufende Schuljahr sowie den voraussichtlichen Bedarf des folgenden Schuljahrs zu berücksichtigen. Dies führt im Zusammenhang mit ungewissen Schülerzahlen sowie allfälligen neuen Schul- und Berufsbildungsangeboten zu Ungenauigkeiten. Damit werden gezielte und zeitgerechte Massnahmen zur Umsetzung der Plafonierung praktisch verunmöglicht.

2.2 Sonderfall Amt für Telematik

Das Amt für Telematik (AfT) wird seit dem 1. Januar 2001 als FLAG-Amt (Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget) geführt. Mit dieser Organisationsform wollte man den speziellen Gegebenheiten der Telematik Rechnung tragen und dem Amt grösstmöglichen Gestaltungsspielraum gewähren. Seit seiner Etablierung als FLAG-Amt ist das AfT vom Stellenplan gemäss Art. 11 der vom Gemeinderat beschlossenen Leistungsvereinbarung aus-



genommen. Dies liegt darin begründet, dass im Rahmen des Globalbudgets bewilligte Vorhaben die personellen Ressourcen mit einschliessen. Dieser Sonderstatus wurde vom Gemeinderat im Rahmen des neuen Leistungsauftrags am 16. Dezember 2004 bestätigt (Botschaft Nr. 41/2004).

Da der Stellenplan auch ein Abbild der Organisation darstellt, wurde das AfT bisher aus Transparenzgründen im Stellenplan geführt. Aufgrund der neuen Vorgaben des Gemeinderates wird das AfT künftig aus dem Stellenplan entfernt.

2.3 Stellenplanbudget 2012

In seiner Botschaft zum Voranschlag 2012 beantragte der Stadtrat für das Jahr 2012 insgesamt 77'077 Soll-Stellenprozente (770.77 Vollzeit-Stellen). Gegenüber dem Jahr 2011 bedeutet dies ein Plus von 720 Stellenprozenten, welches zum grössten Teil auf die Stadtschule (328 Stellenprozente) sowie die GBC (127 Stellenprozente) zurückzuführen ist.

In ihrem Bericht zum Voranschlag 2012 stellte die GPK folgenden Antrag:

„Der Stellenplan wird unbefristet beim Sollbestand des Voranschlags 2011 (76'357 Stellenprozente) plafoniert.“

Der Antrag habe zur Folge, dass jede Neuaufnahme von Stellenprozenten in den Stellenplan durch Streichung von gleichen Prozenten an anderer Stelle kompensiert werden müsse, führte die GPK aus.

In seiner Stellungnahme zum GPK-Bericht (SRB 684 vom 28. November 2011) wandte sich der Stadtrat nicht grundsätzlich gegen eine Plafonierung. Sie habe jedoch zur Folge, dass die im Rahmen des Stellenplanbudgets beantragten 720 Stellenprozente, welche mehrheitlich Lehrpersonen betreffen, in anderen Bereichen der Verwaltung eingespart werden müssten. Dabei liege es auf der Hand, dass die Stellenschaffungen im Schulbereich vom Stadtrat praktisch nicht beeinflussbar seien. Die benötigten Ressourcen schwankten jährlich und seien abhängig von Schülerzahlen, Fächerangeboten und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Ein Abbau von 720 Stellenprozenten im Verwaltungsbereich sei nicht realistisch und würde eine neue Überprüfung von Aufgaben und Leistungen der Stadt bedingen. Aus diesem Grund beantragte der Stadtrat, die Lehrpersonen von der Plafonierung des Stellenplans auszuklammern.

Der Antrag der GPK auf Plafonierung des Stellenplans auf dem Stand Voranschlag 2011 wurde mit 14 zu 7 Stimmen angenommen. Der Stadtrat erhielt den Auftrag, den Stellenplan in der Gemeinderatssitzung vom Februar 2012 vorzulegen.



3. Umsetzung der Plafonierung für das Jahr 2012

3.1 Grundsätzliche Überlegungen

Mit dem vorliegenden Stellenplan-Budget 2012 kann das vom Gemeinderat gesteckte Plafonierungsziel (Sollbestand Voranschlag 2011) knapp erreicht werden. Konkret werden sämtliche noch zur Verfügung stehenden vakanten Stellenprozente aufgebraucht (Differenz zwischen Soll/Ist, vgl. Aktenauflage).

Eine Plafonierung der Personalressourcen setzt eine Leistungssteuerung voraus; diesem Ansatz folgte die im Jahr 2010 durchgeführte Aufgaben- und Leistungsüberprüfung. Personalreduktionen müssen im Rahmen des Personalrechts zielgerichtet und sozialverträglich vollzogen werden können.

Wie nachfolgend dargelegt wird, ist eine unbefristete Plafonierung des gesamten Stellenplans in den kommenden Jahren nicht realisierbar. Im Bereich der Verwaltung müssten zur Kompensation rund 29 Vollzeitstellen abgebaut werden. Dies ist ohne Entlassungen und nur mit der Verwendung von willkürlich anfallenden natürlichen Abgängen nicht möglich. Zudem wäre damit ein Leistungsabbau verbunden.

3.2 Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC)

Die Stadt ist gestützt auf Art. 17 Abs. 2 des Gesetzes über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote (BwBG, BR 430.000) zur Führung und zum Unterhalt einer Berufsfachschule verpflichtet. Die Regierung schliesst mit der Stadt mehrjährige Rahmenkontrakte ab und regelt die zu erbringenden Leistungen, die damit verbundenen Qualitätsvorgaben und Standards (Art. 8 BwBG). Die für die Subventionierung anrechenbaren Kosten der GBC werden durch Bund, Kanton und Gemeinden bezahlt. Der Anteil der Stadt beträgt - abhängig von der Finanzkraftgruppe - 10 bis 20 %.

Die für die Leistungserbringung benötigten Personalressourcen sind von der GBC praktisch nicht beeinflussbar. Bereits heute werden im Auftrag des Kantons Klassenoptimierungen vorgenommen, indem bei Berufen mit wenigen Lernenden pro Lehrgang (z.B. Metzger oder Innendekorateure) alle Lehrjahre in einer gemeinsamen Klasse unterrichtet werden (1. bis 3. oder 4. Lehrjahr). Von den dadurch erzielten Kosteneinsparungen profitiert praktisch ausschliesslich der Kanton.

Bereits heute bekannte neue Berufe bzw. bisher nicht vorhandene, sog. „einlaufende Klassen“, die sich sukzessive in der Einführung befinden, führen in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014 zu Personalaufstockungen von insgesamt 416 Stellenprozente. Auf Schul-



jahr 2014/2015 wird mit der Übernahme der technischen Berufsmaturität von der HTW Chur eine weitere Aufstockung um 1'600 Stellenprozente notwendig. Diese anstehenden und unumgänglichen Sollerhöhungen von rund 2'000 Stellenprozenten (20 Vollzeitstellen) bei der GBC können durch die übrige Verwaltung im Rahmen der Plafonierung nicht aufgefangen werden. Sie wären aufgrund unterschiedlicher Gesetzesgrundlagen auch nicht korrekt.

3.3 Stadtschule

Der Reduktion des Personalbestands bei der Stadtschule sind Grenzen gesetzt; der absehbare Mehrbedarf von rund 900 Stellenprozenten kann innerhalb des Schulbetriebs oder der Verwaltung nicht aufgefangen werden. Selbst bei einem Klassendurchschnitt von 18.5 Kindern können diese aufgrund der Quartierbeschulung für eine Klassenoptimierung nicht einfach hin und her geschoben werden.

Es ist daran zu erinnern, dass sowohl der Gemeinderat als auch der Schulrat die Sparvorschläge „Aufhebung der Quartierbeschulung“ und „Aufhebung der zweisprachigen Klassen“ abgelehnt haben. Andere Sparvorschläge der Stadtschule wurden bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung (u.a. Schliessung Quartierschule Passugg-Araschgen, Schliessung einer Kindergartenklasse, Reduktion der Primarklassenzahl von 90 auf 87). Alle diese Bestrebungen reichen indessen nicht aus, um den künftigen zusätzlichen Bedarf abzudecken. Wird die Stadtschule der Stellenplanplafonierung unterstellt, wird sie nicht umhin kommen, zur Erbringung zusätzlicher Leistungen den notwendigen Personalbedarf mittels Botschaft beim Gemeinderat zu beantragen.

Anlässlich der Abstimmung vom 17. Mai 2009 über die Ethik-Initiative sprach sich das Bündner Volk dafür aus, dass die Landeskirchen weiterhin eine Lektion Religion erteilen und dass eine für alle Kinder der Volksschule obligatorisch zu besuchende Lektion Religionskunde und Ethik eingeführt wird.

Als Konsequenz zeichnet sich bei der Stadtschule ab dem Schuljahr 2012/2013 ein schrittweiser zusätzlicher Personalbedarf von insgesamt rund 400 Stellenprozenten ab. Das sich in Erarbeitung befindende Schulleitungsmodell wird zudem zu einer weiteren Erhöhung von rund 500 Stellenprozenten führen.



Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Chur, 16. Januar 2012

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Der Stadtschreiber

Christian Boner

Markus Frauenfelder

Anhang

Stellenplanbudget 2012/Zusammenfassung

Aktenauflage

- Übersicht „Verfügbare vakante Stellenprozente“
- Übersicht „Zuteilung der verfügbaren Vakanzen durch Stadtrat“
- Übersicht „Beantragte Soll-Erhöhen Voranschlag 2012“
- Stellenplanbudget 2012



		Stand 01.01.2011		Budget 2012		Veränderungen im Soll gegenüber Stand 01.01.2011
Dep.	Dienststelle	Soll	MA Ist	Soll	MA Ist	Soll
	Behörden	300	3	300	3	0
1	Allgemeine Verwaltung	1'890	23	1'855	23	-35
	Amt für Telematik	1'700	17	0	0	-1'700
	Personalamt	450	5	450	5	0
	Finanzkontrolle	400	4	400	3	0
	Finanz- u. Liegenschaftenverwaltung	4'491	68	4'554	69	63
	Steuerverwaltung	1'650	18	1'560	18	-90
	Stadtpolizei	7'800	78	7'800	77	0
	Feuerwehr	189	4	189	4	0
	Dapartement 1	18'570	217	16'808	199	-1'762
2	Stadtschule	28'277	433	28'605	429	328
	Gewerbliche Berufsschule	11'740	186	0	0	-11'740
	Schulzahnpflege	830	12	715	11	-115
	Sekr. Dep. 2/Sport-/Kulturfachstelle	255	4	255	4	0
	Soziale Dienste	3'342	54	3'342	59	-1
	Forst und Alpverwaltung	1'010	10	1'010	10	0
	Departement 2	45'454	699	33'926	513	-11'528
3	Tiefbau- und Vermessungsamt	8'020	80	7'820	81	-200
	Hochbauamt	3'713	45	3'763	46	50
	Grundbuchamt	300	3	300	3	0
	Departement 3	12'033	128	11'883	130	-150
	Total Stadt Chur	76'357	1'047	62'917	845	-13'440
	Kontrolle Soll-Plafonierung Stand 01.01.2011:					
	Amt für Telematik			1'700		1'700
	GBC			11'740		11'740
	Total			76'357		0